



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 21-xxxx

**Antrag öffentlich**

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	27.08.2020

**Über Klimawandel jammern und dann weitere Umweltzerstörung organisieren – das geht gar nicht**

**Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 21 - 1100**

Bei den Überlegungen zur Verbindung der bestehenden Fernwärmetrassen südlich und nördlich der Elbe gibt es bisher keine öffentlich diskutierte Gedanken, wie die Klima zerstörende Nutzung fossiler Energieträger aufgehalten werden kann. Stattdessen wurde darüber gesprochen, wie die scheinbar alternativlose Zerstörung von Grünräumen und Lebensräumen nördlich der Elbe zu organisieren ist. Obwohl es mittlerweile Allgemeinwissen sein könnte, dass die Nutzung von z.B. mit Überschussstrom aus Windkraftanlagen hergestelltem Wasserstoff die derzeit umweltfreundlichste Technologie ist, wird in bemerkenswerter Weise dieser zukunftsfähige Weg zum notwendigen Umbau der Wirtschafts- und Technologiesysteme unserer Gesellschaft ignoriert. Stattdessen wird an den Entscheidungsvorgaben zur Organisation der Wärme und Kraftnetze deutlich, dass mit hohen Investitionen in das Konzept der Dreckschleudern der Weg zur Nutzung nicht zerstörerischer Energieträger und Technologien verbaut wird. Wie die Entscheidungen zum Bau von Moorburg weitere Umweltzerstörungen als Folge zementiert haben, wegen der vom Beust-Senat erteilten Genehmigungen, denen man meinte entsprechen zu müssen, so würde auch die Zustimmung zur jetzt geplanten Verknüpfung der Fernwärmenetze, ungeprüft andere Möglichkeiten der notwendigen technischen und gesellschaftlichen Zukunftsdiskussion verbauen.

**Deshalb fordert die Bezirksversammlung Altona die beteiligten Fachbehörden nach §27 BezVG auf :**

- 1. die erörterten Alternativen zur jetzt vorliegenden Konzeption der Umweltzerstörung vorzulegen**
- 2. und dabei insbesondere einen Planungsrahmen zur Nutzung von Wasserstoff mit Hilfe von Brennstoffzellen und die daraus entstehenden Konfliktstellen mit den bisher praktizierten Bau- und Investitionsmaßnahmen zu erläutern.**

**Petitum: Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.**